

Kauzian. pp. 10

Amtsblatt

Ausgabe B
(ohne Öffentl. Anzeiger)

Der Preussischen Regierung in Breslau

Stück 48

Ausgegeben Breslau, den 26. November

1938

Inhalt: 1. Inhalt der Nr. 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 181, 182, 183, 184 Teil I und Nr. 45, 46 Teil II des Reichsgesetzblattes. S. 265. — 3. Verordnungen und Bekanntmachungen: c) des Oberpräsidenten: Grenzänderung im Kreise Trebnitz. S. 266. — Konsul, polnischer, in Breslau. S. 266. — d) des Regiererspräsidenten: Pfarrei in Rattern, Kreis Breslau. S. 267. — Pfarrei in Pfeißelbach, Kreis Breslau. S. 267. — Pfarrei in Hemmersdorf, Kreis Frankenstein. S. 267. — Standesamtsveränderung im Kreise Waldenburg. S. 267. — Melbewesen in Breslau. S. 267. — e) des Bezirksverwaltungsgerichts, des Oberverwaltungsamtes und des Versorgungsgerichts: Schiedsamt für Zahnärzte und Dentisten, Sitzung. S. 268. — f) des Polizeipräsidenten: in Breslau: Fundfachen. S. 268. — Verlorene Ausweise. S. 268. g) anderer Behörden: Enteignung von Grundeigentum. S. 269. — Wegeeinziehung in Schräbendorf, Kreis Frankenstein. S. 269. — Grenzänderung im Kreise Namslau. S. 269. — Naturdenkmale im Kreise Waldenburg (2 mal). S. 269. — Grenzänderung im Kreise Wohlau. S. 270. — Grenzänderung im Kreise Gubrau. S. 270. — Wegeeinziehung in Kaufze. S. 270. — Verunstaltung durch Heilame. S. 270. — Wegeeinziehung in Gnadenfrei. S. 271. — Grenzänderung im Kreise Strehlen (3 mal). S. 271. — Verlorene Ausweise. S. 271. — 4. Personalmeldungen. S. 272.

1. Inhalt des Reichsgesetzblattes.

Teil I.

924. Die Nummer 173 enthält:

Zweite Verordnung zur Durchführung des Bürgersteuergesetzes (Zweite BStDD.), vom 19. Oktober 1938;

Verordnung über Zolländerungen, vom 20. Oktober 1938;

Verordnung über die sozialen Versicherungen der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes im Lande Österreich, vom 21. Oktober 1938;

Dritte Verordnung zum Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der sudetendeutschen Gebiete, vom 22. Oktober 1938;

Siebente Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über Abrechnungstellen im Wechsel- und Scheckverkehr, vom 22. Oktober 1938.

925. Die Nummer 174 enthält:

Dritte Verordnung des Führers und Reichskanzlers über die Verleihung von Titeln (Bau-, Sanitäts-, Veterinär- und Luftzitat-Titel), vom 18. Oktober 1938;

Verordnung über die Preisbildung in den sudetendeutschen Gebieten, vom 22. Oktober 1938;

Verordnung über den Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals der Reichsfinanzverwaltung in den sudetendeutschen Gebieten, vom 24. Oktober 1938;

Anordnung zur Durchführung der Dritten Verordnung zum Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der sudetendeutschen Gebiete, vom 25. Oktober 1938.

926. Die Nummer 175 enthält:

Verordnung über die Preisbildung für inländisches Nadel-Schmittholz, vom 11. Oktober 1938.

927. Die Nummer 176 enthält:

Verordnung über die Einführung der Gesetzgebung über die Devisenbewirtschaftung und den Zahlungsverkehr mit dem Ausland in den sudetendeutschen Gebieten, vom 26. Oktober 1938;

Verordnung über den Arbeitseinsatz in den sudetendeutschen Gebieten, vom 27. Oktober 1938;

Verordnung über den Schutz der Feiertage, vom 28. Oktober 1938.

928. Die Nummer 177 enthält:

Verordnung über die Errichtung der Reichstreuhänderverwaltung im Lande Österreich, vom 14. Oktober 1938;

Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Unterkunft bei Bauten, vom 24. Oktober 1938;

Verordnung über den Mitgliederkreis der Ersatzkassen der Krankenversicherung, vom 26. Oktober 1938;

Verordnung über die Auflösung der Landesversicherungsanstalt Grenzmark Posen-Westpreußen, vom 28. Oktober 1938;

Verordnung über Wochenschaupreise, vom 28. Oktober 1938.

929. Die Nummer 178 enthält:

Erste Verordnung zur Einführung steuerrechtlicher Vorschriften in den sudetendeutschen Gebieten, vom 28. Oktober 1938;

Verordnung zur Einführung des deutschen Post- und Fernmeldewesens in den sudetendeutschen Gebieten, vom 29. Oktober 1938;

Verordnung über das Pferderennenwesen und die Leistungsprüfungen für Warm- und Kaltblutpferde im Lande Österreich, vom 31. Oktober 1938.

930. Die Nummer 179 enthält:

Verordnung des Führers und Reichskanzlers über

die Stiftung der Medaille zur Erinnerung an den 1. Oktober 1938, vom 18. Oktober 1938;

Sagung der Medaille zur Erinnerung an den 1. Oktober 1938, vom 18. Oktober 1938;

Vierte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft, vom 27. Oktober 1938;

Verordnung über die Einführung des Rechts der Reichsplanung und Raumordnung in den sudetendeutschen Gebieten, vom 31. Oktober 1938.

931. Die Nummer 181 enthält:

Verordnung des Führers und Reichskanzlers über die Änderung der Sagung der SS-Dienstauszeichnung, vom 21. Oktober 1938.

932. Die Nummer 182 enthält:

Erstes Gesetz zur Änderung des Bürgersteuergesetzes, vom 31. Oktober 1938;

Gesetz zur Ergänzung des § 10 der Grundbuchordnung, vom 31. Oktober 1938;

Sechste Verordnung zum Reichsbürgergesetz, vom 31. Oktober 1938;

Verordnung über die Einführung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft in den sudetendeutschen Gebieten, vom 29. Oktober 1938;

Verordnung über Angelegenheiten der Patentanwälte im Lande Österreich, vom 31. Oktober 1938;

Verordnung über die Errichtung der Reichsverwaltungsverwaltung im Lande Österreich, vom 3. November 1938.

933. Die Nummer 183 enthält:

Verordnung zur Ergänzung des Gesetzes über das Verfahren in Versorgungssachen, vom 2. November 1938;

Verordnung über die Entschädigung der nichtständigen Mitglieder des Reichsfürsorge- und -versorgungsgerichts der Wehrmacht, vom 3. November 1938;

Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Neugestaltung deutscher Städte, vom 3. November 1938.

934. Die Nummer 184 enthält:

Verordnung über die Einführung der Verordnung über Preisbindungen und gegen Verteuerung der Bedarfsbedeutung und der Verordnung über Preisbildung für ausländische Waren in den sudetendeutschen Gebieten, vom 4. November 1938;

Zweite Verordnung zur Einführung steuerrechtlicher Vorschriften in den sudetendeutschen Gebieten, vom 5. November 1938;

Verordnung über die Preisbildung im Warenverkehr zwischen den sudetendeutschen Gebieten und dem übrigen Reichsgebiet, vom 5. November 1938.

Teil II.

935. Die Nummer 45 enthält:

Verordnung über die vorläufige Anwendung eines deutsch-türkischen Berechnungsabkommens, vom 21. Oktober 1938;

Verordnung über die vorläufige Anwendung einer deutsch-griechischen Vereinbarung über die Änderung des Handels- und Schifffahrtsvertrags, vom 24. Oktober 1938;

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Ersten Abkommens zur Vereinfachung des Luftprivatrechts (Beitritt für das Protektorat Aken), vom 20. Oktober 1938;

Bekanntmachung zum Internationalen Abkommen über den Freibord der Kauffahrtsschiffe (betrifft Burma, Brasilien und Hongkong, vom 25. Oktober 1938.

936. Die Nummer 46 enthält:

Fünfte Bekanntmachung über die Ergänzung und Änderung des deutsch-polnischen Vertrags über Sozialversicherung, vom 15. Oktober 1938;

Bekanntmachung zu den Internationalen Abkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr und den Eisenbahn-Personen- und Gepäckverkehr (Ratifikation durch Bulgarien und Liechtenstein, Beitritt Portugals), vom 27. Oktober 1938.

3. Verordnungen und Bekanntmachungen:

c) des Oberpräsidenten.

937. **Beschluß**

betr. Grenzänderung im Kreise Trebnitz.

Gemäß §§ 15, 117 Abs. 3 und § 10 der Deutschen Gemeindeordnung löse ich mit Wirkung vom 1. April 1939 ab die Gemeinden Borgruh und Volkohof, Kreis Trebnitz, auf und schließe sie vom gleichen Zeitpunkt ab zu einer neuen Gemeinde

„Volkohof“

zusammen.

Die Aufsichtsbehörde hat dafür zu sorgen, daß eine der neuen Gemeinde Rechnung tragende Haushaltsführung bereits vor Beginn des neuen Rechnungsjahres aufgestellt wird.

Das in den aufgelösten Gemeinden geltende übrige Ortsrecht bleibt bis zur Schaffung eines neuen Ortsrechtes für die neue Gemeinde in Kraft. Die Schaffung des neuen Ortsrechtes hat spätestens bis zum 1. Juli 1939 zu erfolgen.

Soweit der Wohnsitz oder Aufenthalt in der Gemeinde für Rechte und Pflichten maßgebend ist, ist der Wohnsitz oder Aufenthalt in den zusammengeschlossenen Gebieten als Wohnsitz oder Aufenthalt in der neuen Gemeinde anzusehen.

Breslau, 4. 11. 1938.

D. P. I. L. 7. 120.

Der Oberpräsident.

938.

Bekanntmachung betr. Konsulatsänderung.

Das Konsulat der Polnischen Republik in Breslau ist in ein Generalkonsulat umgewandelt worden. Der Konsularbezirk ist unverändert geblieben.

Breslau, 8. 11. 1938.

D. P. I. Pr. a. 1. A 5411.

Der Oberpräsident der Provinz Schlesien.

d) des Regierungspräsidenten.

939. Bekannmachung
 betr. Pfarrei in Kattern, Kreis Breslau.

Der Herr Oberpräsident hat dem Herrn Erzbischof von Breslau den Konviktspräfekt Dr. Eckert in Neisse, Kreis Neisse, für die erledigte, unter staatlichem Patronat stehende Pfarrei Kattern, Kreis Breslau-Land, präsentiert.

Breslau, 11. 11. 1938. U. 8—220.

Der Regierungspräsident.

940. Bekannmachung
 betr. Pfarrei in Priffelbach, Kreis Breslau.

Der Herr Oberpräsident hat dem Herrn Erzbischof von Breslau den Kuratus Franz Kaluja in Rothenburg (Lausitz), Kreis Rothenburg, für die erledigte, unter staatlichem Patronat stehende Pfarrei Priffelbach, Kreis Breslau, präsentiert.

Breslau, 15. 11. 1938. U. 8—220.

Der Regierungspräsident.

941. Bekannmachung
 betr. Pfarrei in Hemmersdorf, Kreis Frankenstein.

Der Herr Oberpräsident hat dem Herrn Erzbischof von Breslau den Religionslehrer Herbert Mischkowsky in Breslau für die erledigte, unter staatlichem Patronat stehende Pfarrei in Hemmersdorf, Kreis Frankenstein, präsentiert.

Breslau, 15. 11. 1938. U. 8—220.

Der Regierungspräsident.

942. Bekannmachung
 betr. Standesamtsveränderung im Kreise Waldenburg.

Gemäß § 52 des Personenstandesgesetzes vom 3. November 1938 bestimme ich — mit Wirkung vom 1. Januar 1939 ab — folgende Änderungen von Standesamtsbezirken:

1. Die auf Grund der Entscheidung des Landrats in Waldenburg (Schles.) vom 8. Dezember 1937 — U. III. 6. 8. — (Waldenburger Kreisblatt 1937, Seite 142) in die Gemeinde Bad Charlottenbrunn eingegliederten Flurstücke, Gemarkung Erlenbusch, Kartenblatt 1 Nr. 1, 3, 78/2, 4, 5, 33, 34, 68/11, 12, 16, 20, 55, 70/54, 71/54, 79/57, 56, 77/2, Kartenblatt 2 Nr. 158/83, 159/83, 121 und Kartenblatt 1 Nr. 48 Gemarkung Tannhausen in der Gesamtgröße von 14,2508 ha werden von dem Standesamtsbezirk Hausdorf (Nr. XV) abgetrennt und dem Standesamtsbezirk Bad Charlottenbrunn (Nr. XVII) zugeteilt.

Die Flurstücke Gemarkung Erlenbusch Kartenblatt 1 Nr. 49, und Kartenblatt 2 Nr. 1 in der Gesamtgröße von 1,0420 ha werden von dem Standesamtsbezirk Bad Charlottenbrunn (Nr. XVII) abgetrennt und dem Standesamtsbezirk Hausdorf (Nr. XV) zugeteilt.

2. Die auf Grund des Beschlusses des Oberpräsidenten in Breslau vom 29. Juni 1937 — D. P. I. R. 7. 120 — (Amtsblatt der Regierung in Breslau Seite 181 und Waldenburger Kreisblatt Seite 93) in die Gemeinde Erlenbusch, eingegliederte Gemeinde Wäldchen, Kreis Waldenburg (Schles.), wird von

dem Standesamtsbezirk Bad Charlottenbrunn (Nr. XVII) abgetrennt und dem Standesamtsbezirk Hausdorf (Nr. XV) zugeteilt.

3. Das auf Grund der Entscheidung des Landrats in Waldenburg (Schles.) vom 15. September 1937 — U. III. 6. 8. — (Waldenburger Kreisblatt S. 109) in die Gemeinde Bad Charlottenbrunn eingegliederte Flurstück 43 Kartenblatt 1 Gemarkung Tannhausen, 93 a 20 qm groß, wird von dem Standesamtsbezirk Wüstegiersdorf (Nr. XII) abgetrennt und dem Standesamtsbezirk Bad Charlottenbrunn (Nr. XVII) zugeteilt.

Breslau, 14. 11. 1938. U. V. a. 61.

Der Regierungspräsident.

943. Anordnung
 über das Meldewesen für den Bezirk der Staatlichen
 Polizeiverwaltung Breslau.

Auf Grund der §§ 13, 15 und 19 der Verordnung über das Meldewesen (Reichsmeldeordnung) vom 6. Januar 1938 (RGBl. I S. 13—28) und des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (GS. S. 77) wird mit Zustimmung des Reichsministers des Innern für den Ortspolizeibezirk Breslau nachstehende Anordnung erlassen:

§ 1.

Wer in Breslau Wohnung bezogen hat, ist verpflichtet, den Meldeschein in drei Stücken vorzulegen, die deutlich lesbar ausgefertigt sein müssen. Das dritte Stück erhält der Meldepflichtige als Meldebestätigung zurück.

§ 2.

Die Inhaber von Unternehmen, die der gewerbmäßigen oder gemeinnützigen Beherbergung von Reisenden, Fremden oder Erholungsuchenden dienen (A. B. Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime, Wohlfahrtsheime, Erholungsheime, Herbergen, Obdachlosenafis usw.) sowie die Leiter von Klöstern, Ordensniederlassungen, Erziehungshäusern und Heimen von Religionsgesellschaften haben die vorgeschriebenen Melde Scheine der beherbergten Personen (§§ 15—17 der Reichsmeldeordnung) spätestens bis 5,30 Uhr bei der Meldebehörde einzureichen. Die Melde Scheine der Beherbergungsstätten, welche im Bereiche der 2., 9., 11., 19., 26., 27., 28., 29. und 30. Polizeireviere belegen sind, sind auf der Wache in dem zuständigen Polizeirevier abzugeben. Die Beherbergungsstätten im Bereiche der 3., 4., 5., 6., 7., 8., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 20., 21., 24. und 25. Polizeireviere haben die Melde Scheine in der Kriminalnachtswache des Polizeipräsidiums (Eingang Eichbornstr.) abzugeben.

§ 3.

(1) Die Inhaber oder Leiter der im § 2 genannten Beherbergungsstätten haben das im § 19 Abs. 1 der Reichsmeldeordnung vorgeschriebene Fremdenverzeichnis in Buchform zu führen und es, bevor es in Gebrauch genommen wird, der Meldestelle des zuständigen Polizeireviere zur Abstempelung vorzulegen.

Noch vorhandene Vorräte an Fremdenbüchern alten Modells können aufgebraucht werden.

§ 4.

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung werden gemäß § 26 der Reichsmeldeordnung mit Geldstrafe

bis zu einhundertfünfzig Reichsmark oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft.

§ 5.

Diese Anordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung im Regierungsamtsblatt in Kraft.

Breslau, 19. 11. 1938.

P. 2. (c) 776.

Der Regierungspräsident.

**e) des Bezirksverwaltungsgerichts,
des Oberversicherungsamtes und des Versorgungsgerichts.**

**944. Bekanntmachung.
Sitzung des Schiedsamts für Zahnärzte und Dentisten.**

Mittwoch, den 7. Dezember 1938, um 9 Uhr, werden wir im Sitzungssaale des Oberversicherungsamts zu Breslau 1, Breite Straße 26, Erdgeschoß, beschließen, welche Zahnärzte und Dentisten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen zugelassen sind.

Schriftliche Äußerungen Beteiligten, die nach dem 5. Dezember eingehen, brauchen wir nicht zu berücksichtigen.

Breslau, 15. 11. 1938.

SchA 13/67/38.

Das Schiedsamt für Zahnärzte und Dentisten
beim Oberversicherungsamt.

f) der Polizeipräsidenten

in Breslau.

945. Gefunden:

Am 19. 10. 1938: An Leubus; 1 Autoreferverrad; 31. 10.: 1 Armbanduhr; 6. 11.: 1 Armbanduhr; 7. 11.: 1 Armbanduhr; 8. 11.: 1 Herrenfahrrad, 1 Gelbbörse; 9. 11.: 1 Bund Schlüssel, 1 Gelbbörse, 1 Armbanduhr; 10. 11.: 1 Herrenfahrrad, 1 Gelbbörse, 1 Reichsportabzeichen, 1 Handtasche, 1 Armbanduhr; 11. 11.: ein Herrenfahrrad, 1 H.A.-Seitengewehr, 1 graue Stiefelboje, 1 Aktentasche, 1 Kühlerdecke, 1 Pistole, 1 Gelbbetrag, 1 Armbanduhr; 12. 11.: 1 Herrenfahrrad, eine Brille, 1 Sporthemd, 1 Paket Werkzeug, 1 Schlüssel; 13. 11.: 1 Herren- und 1 Damenfahrrad, 1 Paar Handschuhe, 1 Armbanduhr; 14. 11.: 1 Herrenfahrrad, 1 Aktentasche, 1 Brosche, 1 Karton Kosmetika; 15. 11.: 1 Handtasche, 1 Aktentasche, 1 Winterjoppe, 2 Autoschlüssel; 16. 11.: 1 Herren- und 1 Damenfahrrad, ein Damenschirm, 1 Pelzkragen, 1 Armbanduhr; 17. 11.: 1 Gelbbörse, 1 Herrenhut, 1 Parteiabzeichen, 1 Kinderhandtasche, 1 Brille.

Zugelassen:

1 grauer Pintfcher, 1 Schäferhund, 1 Rauhhaarterrier, 1 Jagdhund, im Tierheim, Gombauer Str. 127, 1 grauer Schäferhund bei Herbert Hasner, Brandenburger Straße 45.

Zugeflogen:

1 Kanarienvogel bei Paul Pfirsche, Kreuzstraße 11.

An die Verlierer ergeht die Aufforderung, sich zur Geltendmachung ihrer Rechte innerhalb eines Jahres schriftlich oder mündlich im Fundamt des Polizeipräsidenten, Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 5/7, Erdgeschoß, zu melden.

Breslau, 18. 11. 1938.

Der Polizeipräsident — Fundamt.

946. Verlorene Ausweise.

Nachstehende Führerscheine sind verlorengegangen und werden für ungültig erklärt:

- III. B. 405/29 F., für Albrecht Battusch, geboren 15. 8. 1895 in Prag, wohnhaft Drabizlusstraße 16.
- III. S. 186/34 F., für Oerda von Saskaly, geboren 29. Juli 1916 in Berlin, wohnhaft Eichendorffstraße 47.
- V. Sch. 294/28, für Paul Schubert, geb. 28. 9. 1892 in Niederzieher, wohnhaft Am Drachensbrunnerfeld 6.
- ?, für Marie Link, geb. Mai, geb. 8. 4. 1885 in Heidersdorf, wohnhaft Promnitzstraße 6.
- III. B. 93/34 F., für Max Berndt, geb. 29. 8. 1908 in Kl. Elguth, wohnhaft Michaelisstraße 90.
- III. L. 187/37 F., für Fritz Laumer, geb. 13. 11. 1901 in Breslau, wohnhaft Gertrudenstraße 5.
- III. St. 41/37 F., für Erich Stache, geb. 2. 9. 1902 in Breslau, wohnhaft Westendstraße 64.
- III. R. 119/30 F., für Erich Kehmähne, geboren 29. 3. 1902 in Kofstersdorf, wohnhaft Gartenstr. 51.
- III. K. 24/29 F., für Max Kruber, geb. 10. 4. 1901 in Breslau, wohnhaft Bohrauer Straße 31.
- ?, für Artur Florke, geb. 2. 3. 1891 in Strehlen, wohnhaft Schwenkfeldstraße 26.
- III. S. 190/34 F., für Olga Suhr, geb. Becker, geb. 11. 8. 1900 in Odessa, wohnhaft Lenaustr. 10.
- III. F. 88/30 F., für Johanna Saath, geb. Friedrich, geb. 13. 12. 1906 in Breslau, wohnhaft Vorjigstraße 52.
- III. P. 126/31 F., für Konrad Peshke, geboren 11. 10. 1895 in Neudorf, wohnhaft Kürafferstraße 27.
- III. Sch. 116/38 F., für Helmut Schindler, geboren 13. 3. 1912 in Breslau, wohnhaft Märkischestraße 110.

Breslau, 8. 11. 1938.

III. 4700.

Der Polizeipräsident.

947. Verlorene Ausweise.

Nachstehende Kraftfahrzeugscheine sind verlorengegangen und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 1 Kraftrad I. K. 8192, zugelassen für Walter Weg, Hildebrandtstraße 26.
- 1 Personenkraftwagen I. K. 12405, zugelassen für Walter Reimann, Bohrauer Straße 116/126.
- 1 Personenkraftwagen I. K. 3447, zugelassen für NEDAP, Gaultleitung Schlesien, Eichbornstr. 2.
- 1 Personenkraftwagen I. K. 6308, zugelassen für Margarete Sacher, Berliner Straße 75.
- 1 Lastkraftwagen I. K. 16386, zugelassen für Oberbürgermeister, Rohrnegbetriebe, Ring 9/11.
- 1 Personenkraftwagen I. K. 3388, zugelassen für Kurt Kanelke, Niklasweg 13a.
- 1 Personenkraftwagen I. K. 7211, zugelassen für Richard Bunk, Gräbichener Straße 121.
- 1 Personenkraftwagen I. K. 12491, zugelassen für Dr. Hans Koester, Gartenstraße 49.
- 1 Personenkraftwagen I. K. 18156, zugelassen für Emil Lang, Friedrich-Wilhelm-Straße 50.

10. Lastkraftwagen I. K. 6728, zugelassen für Erich Weinert, Breslau, Industriestraße — o. Nr.
 11. Personenkraftwagen I. K. 4652, zugelassen für Dr. Paul Krampitz, Langhansstraße 3.
 12. Personenkraftwagen I. K. 3143, zugelassen für Eugen Waffsur, Herrenstraße 24.
 13. Personenkraftwagen I. K. 17961, zugelassen für Johann Dreimba, Graf-Spee-Strasse 6.
 14. Personenkraftwagen I. K. 7571, zugelassen für Robert Schlauske, Queisstraße 6.
 15. Lastkraftwagen I. K. 11973, zugelassen für Dora Schumann, Ofener Straße 91.
 Breslau, 14. 11. 1938. III/13 a.
 Der Polizeipräsident.

g) anderer Behörden.

948.

Bekanntmachung

betr. Enteignung von Grundeigentum.

Zur Feststellung der Entschädigung für das zum Ausbau der Fröbeler Straße in Löwen zu enteignende, in der Gemeinde Löwen, Kreis Briesg, belegene Grundeigentum Gemarkung Fröbelen, Kartenblatt 1, Parzelle 333/98, Grundbuch von Fröbelen Band I, Blatt 9 (Eigentümer: Bauer Karl Walderra in Löwen) habe ich Termin auf Donnerstag, den 1. Dezember 1938, 15 Uhr, in Löwen, Ratshaus, anberaumt.

Alle Beteiligten werden gemäß § 25 des Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874 (RG. S. 221) aufgefordert ihre Rechte im Termin wahrzunehmen.

Beim Ausbleiben wird ohne ihr Zutun die Entschädigung festgestellt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung der Entschädigung verfügt werden.

Breslau (Regierung), 19. 11. 1938. A. VI. (a)
 Der Enteignungskommissar.

949.

Bekanntmachung

betr. Einziehung eines Fußweges in Schräbsdorf, Kreis Frankenstein.

Die Firma Friedrich Krupp Aktiengesellschaft — Essen, Abteilung Schleifische Nickelwerke in Nickelwerke bei Frankenstein beantragt, den Fußgänger-Kirchsteig von Gläsfendorf nach Bülzendorf (Katasterblatt 1, 215/15 Gläsfendorf) infolge Erzgewinnung einzuziehen.

Dieses Vorhaben wird gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 zur öffentlichen Kenntnis gebracht mit der Aufforderung, gegenstehende Einsprüche innerhalb vier Wochen zur Vermeidung des Ausschusses bei dem Unterzeichneten geltend zu machen. Antrag und Lageplan können in der Amtskanzlei eingesehen werden.

Schräbsdorf, 15. 11. 1938.
 Der Amtsvorsteher als Ortspolizeibehörde.

950.

Entscheidung

betr. Grenzänderung im Kreise Namslau.

Auf Grund der §§ 13 und 15 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 (RGBl. I, S. 49) in Verbindung mit § 36 Abs. 2 der 1. Verordnung zur Durchführung der Deutschen Gemeindeordnung wird hiermit mit Wirkung vom 1. Januar 1939 ab folgende Grenzänderung ausgeprochen:

A. In den Gemeindebezirk Strehlitz wird die folgende bisher zum Gemeindebezirk Grambschütz gehörende Parzelle umgemeindet:

Kartenblatt 4,

Parzelle: Bezeichnung: Größe:
 53 Im Grambschützer Felde 0,01,50 ha;

B. In den Gemeindebezirk Grambschütz werden die folgenden bisher zum Gemeindebezirk Strehlitz gehörenden Parzellen umgemeindet:

Kartenblatt 4,

Parzelle: Bezeichnung: Größe:
 55 Im Grambschützer Felde 0,04,60 ha,
 73 Im Grambschützer Felde 0,10,70 ha,
 86 Im Grambschützer Felde 0,06,50 ha,

Gesamtgröße: 0,21,80 ha.

Mit Wirkung vom 1. Februar 1939 tritt in den umgemeindeten Teilen das Ortsrecht von Strehlitz bzw. von Grambschütz in Kraft.

Diese Entscheidung ist unanfechtbar.

Namslau, 12. 11. 1938.

Abt. I. A. 55.

(L. S.)

Der Landrat.

951. Zweite Nachtragsverordnung zur Sicherung von Naturdenkmälern im Landkreise Waldenburg (Schlef.).

Auf Grund der §§ 3, 12 Abs. 1, 13 Abs. 1, 15 und 16 Abs. 1 des Reichsnaturdenkmalgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821) sowie des § 7 Abs. 1 bis 4 und des § 9 der Durchführungsvorordnung vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275) wird mit Zustimmung der höheren Naturdenkmalbehörde die Verordnung des Unterzeichneten vom 15. Mai 1936 (Amtsblatt vom 30. Mai 1936, Stück 22, S. 125), (Kreisblatt vom 23. Mai 1936, Nr. 21, Seite 60) für den Bereich des Landkreises Waldenburg (Schlef.) auf das in nachfolgender Liste unter Nr. 36 aufgeführte Naturdenkmal mit dem Tage der Bekanntgabe dieser Nachtragsverordnung ausgedehnt. Das Naturdenkmal erhält damit den Schutz des Reichsnaturdenkmalgesetzes.

Liste der Naturdenkmale:

Abt. Nr.	Bezeichnung, Ansahl, Art, Name der Naturdenkmale	Angaben über die Lage der Naturdenkmale		Lagebezeichnung nach festen Geländepunkten (Himmelsrichtung, Entfernung und dergl.)	Bezeichnung der mit-gehörenden Umgebung (z. Bgl.)
		Stabt, Land-gemeinde, (Orts-beziet, Gemarkung, (Ortsnam))	Rechts-karteblatt 1: 25 000; Zonen-, Nummer; Flur-, Parzellen-Nr.; Eigentümer		
36	Bunt-sand-stein-felsen „Zwerg-stuben“	Gemeinde Raspenau (Ortst. Raspenau)	Rechts-karteblatt Nr. 3131, Gemarkung Rosenau, Flur 2, Parzelle 206 4 Eigentümer: Bauer August Lubig in Raspenau (Ortsteil Raspenau)	hoch 16,23 rechts 81,50 100 m nördlich der Straße Raspenau—Raspenau	Mitgeschützt in die Umgebungsfläche von etwa 90 a. Zugehörige Flächen: a) Fortfläche Nutzung mit Ausnahme des Rahl-schlages. b) Die Sand-gewinnung auf einer an der Südwest-seite der „Zwerg-stuben“ gelegenen Fläche, welche auf ihrer Süd-seite 12 m breit ist und nach Norden in einer Länge von 25 m spitz ausklingt.

Waldenburg (Schlef.), 15. 11. 1938.

Der Landrat
 als untere Naturdenkmalbehörde.

L. I.

952. Bekanntmachung**betr. Naturschutz im Kreise Waldenburg.**

Auf Grund des § 14 Abs. 1 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (Reichsgesetzbl. I, S. 821) und des § 8 Abs. 1 der Durchführungsverordnung vom 31. Oktober 1935 (Reichsgesetzbl. I, S. 1275) wird die Eintragung des unter Nr. 24 des Naturdenkmalbuchs des Landkreises Waldenburg (Schles.) geführten Naturdenkmals „1 Bergerflüster“ mit dem heutigen Tage gelöst.

Waldenburg (Schles.), 15. 11. 1938. L. I.

Der Landrat

als untere Naturschutzbehörde.

953. Entscheidung**betr. Grenzänderung im Kreise Wohlau.**

Entscheidung gemäß § 15 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 (RöBl. I, S. 49) in Verbindung mit § 36 der 1. Durchführungsverordnung vom 22. März 1935 (RöBl. I, S. 393).

Mit Wirkung vom 1. April 1939 werden die nachstehenden Parzellen umgemeindet:

Die Parzellen 119/47 und 205/47, Kartenblatt 1, Gemarkung Gleinau Forst aus dem Gemeindebezirk Gleinau in den Gemeindebezirk Jütsch.

Die Parzellen 211/18 und 212/47, Kartenblatt 1, Gemarkung Gleinau Forst aus dem Gemeindebezirk Gleinau in den Gemeindebezirk Domsben.

Die Parzelle 206/47, Kartenblatt 1, Gemarkung Gleinau Forst aus dem Gemeindebezirk Gleinau in den Gemeindebezirk Leubus.

Wohlau, 14. 11. 1938. R. II.

Der Landrat.

954. Entscheidung**betr. Grenzänderung im Kreise Suhrau.**

Auf Grund der §§ 13 und 15 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 (RöBl. I S. 49) in Verbindung mit § 36 Abschn. 1 Ziff. 2 der 1. Durchführungsverordnung vom 22. März 1935 (RöBl. I S. 393) spreche ich nach erfolgter Anhörung der beteiligten Gemeinden mit Wirkung vom 1. April 1938 folgende Grenzänderungen aus:

1. In den Gemeindebezirk **Langenau**, Kreis Suhrau, werden folgende bisher zum Gemeindebezirk **Neudorf**, Kreis Suhrau, gehörige Parzellen eingegliedert:

Kartenblatt 13 Nr. 37, 38, 39, 40, 41, 42 und 43. Die bezeichneten Parzellen haben einen Gesamtflächeninhalt von 8,8597 ha.

Die bisher zum Gemeindebezirk **Langenau**, Kreis Suhrau, gehörige Parzelle des Kartenblatts 13, Nr. 61 (Weg) wird geteilt und verbleibt bei Langenau nur noch das Teilstück, Parzelle Nr. 64/61.

2. In den Gemeindebezirk **Neudorf**, Kreis Suhrau, wird nachgenanntes Teilstück der bisher zum Gemeindebezirk **Langenau**, Kreis Suhrau, gehörigen Parzelle Nr. 61, des Kartenblatts 13 eingegliedert: Kartenblatt 13 Nr. 63/61.

Vorbezeichnete Parzelle hat einen Flächeninhalt von 0,2042 ha.

Die Umgemeindung der genannten Parzellen erfolgt auf Antrag der Gemeinde Langenau und des Katastramts Suhrau, aus Zweckmäßigkeitsgründen. Eine Auseinandersetzung ist von den beteiligten Gemeinden nicht

beantragt worden und wird auch nicht für erforderlich gehalten.

Diese Entscheidung ist unanfechtbar.

Suhrau, 12. 11. 1938.

Der Landrat.

955. Bekanntmachung**betr. Wegeeinzichung im Ortspolizeibezirk Kaufe.**

Einen Antrage des Bauern Winde entsprechend beabsichtige ich, den sogenannten Salzweg auf dem im Jahre 1938 von Koß nach Maserwitz eingemeindeten Terrain (Mehlschblatt Nr. 2763) einzuziehen bzw. zum Anliegerweg umzuwandeln, da er parallel zur Reichsstraße 5 verläuft und seinen Zweck nach der Aufteilung des Dominiums verloren hat.

Ich bringe dies auf Grund von § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis, etwaige Einsprüche binnen vier Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei mir geltend zu machen.

Maserwitz, 12. 11. 1938. L. 2.

Der Amtsvorsteher als Ortspolizeibehörde.

956. Polizeiverordnung**zur Durchführung von Ortsatzungen gegen die Verunstaltung durch Reklame im Landkreis Breslau.**

Auf Grund des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (GS. S. 77) erlasse ich für die Gemeinden Altentrade, Althofdürr, Alt Schlefing, Baara, Bettlein, Burghübel, Burgweide, Domsau, Grünhübel, Herzogshufen, Hoinstein, Kanth, Karben, Kattern, Klettendorf, Kraftborn, Leipe-Petersdorf, Linden am Berge, Lohbrück, Lohe, Malsen, Mandelau, Neudorf b. Breslau, Neudorf b. Kanth, Opperau, Ransern, Reichbergen, Reppline, Rogau-Rosenau, Rohrquell, Rojenborn, Rößlingen, Rößweier, Rothbach, Siedlungen, Senkenberg, Ströbel, Tauer, Tinz, Truhflut, Wangern, Wasserborn, Weide, Weidenhof, Weizengrund, Wernersdorf,

des Landkreises Breslau nach Anhörung der Bürgermeister folgende Polizeiverordnung:

§ 1.

Für jede der oben genannten Gemeinden ist auf Grund der §§ 2 und 3 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 (RöBl. I, S. 49), des § 3 des Gesetzes gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landwirtschaftlich hervorragenden Gegenden vom 15. Juli 1907 (GS. S. 260) und des § 2 der Verordnung über Baueinfaltung vom 10. November 1936 (RöBl. I, S. 938) eine Ortsatzung gegen die Verunstaltung durch Reklame erlassen worden.

§ 2.

Für jeden Fall der Nichtbefolgung der Bestimmungen dieser Ortsatzungen wird, wenn nicht nach anderen Vorschriften höhere Strafen verwirkt sind, die Festsetzung eines Zwangsgeldes bis zur Höhe von 100 RM., im Nichtbeitreibungsfalle die Festsetzung von Zwangshaft bis zu zwei Wochen angedroht.

§ 3.

Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in dem Amtsblatt der Regierung zur Breslau in Kraft und am 21. November 1938 außer Kraft.

Breslau, 21. 11. 1938.

L. IV. 1978.

Der Landrat.

957. Bekanntmachung
betr. Wegeinziehung in Gnadenfrei.

Der Weg Kartenblatt 5, Nr. 235/48, das ist der bei dem Ausbau der Straße über den Mühlberg abgesechnittene Bogen des alten Weges von Gnadenfrei nach Ober Mittel Peilau, soll eingezogen werden.

Dieses Vorhaben wird gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Einsprüche hiergegen sind binnen vier Wochen zur Vermeidung des Ausschusses bei dem Unterzeichneten schriftlich geltend zu machen.

Gnadenfrei, 21. 11. 1938.

Der Amtsvorsteher als Wegepolizeibehörde.

958. Bekanntmachung
betr. Grenzänderung im Kreise Strehlen.

Mit Wirkung vom 1. April 1939 sind die Parzellen 360/0,25, 361/0,26, 362/0,26 des Kartenblatts 1 und die Parzellen 184/0,3, 185/0,3, 186/0,3 des Kartenblatts 2 der Gemarkung Gurtich aus der Gemeinde Birkkretscham in die Gemeinde Gurtich eingegliedert worden.

Dieses wird unter Bezugnahme auf § 15 der Deutschen Gemeindeordnung in Verbindung mit Ziffer 4 der Ausführungsbestimmung zu § 15 der DOD. hiermit bekanntgemacht.

Strehlen, 15. 11. 1938.

R. I./3.

Der Landrat.

959. Bekanntmachung
betr. Grenzänderung im Kreise Strehlen.

Mit Wirkung vom 1. April 1939 sind nachstehende Parzellen, und zwar:

232/0,133, 233/0,133, 234/0,133, 235/0,133, 236/0,133, 237/0,133, 238/0,133, 239/0,134, 240/0,135, 241/0,135, 242/0,135, 243/0,135, 244/0,135 und 245/0,135

des Kartenblatts 1 der Gemarkung Plohe-Mahowitz aus der Gemeinde Gurtich in die Gemeinde Birkkretscham, Kreis Strehlen, eingegliedert worden.

Dieses wird unter Bezugnahme auf § 15 der Deutschen Gemeindeordnung in Verbindung mit Ziffer 4 der Ausführungsbestimmung zu § 15 der DOD. hiermit bekanntgemacht.

Strehlen, 15. 11. 1938.

R. I./3.

Der Landrat.

960. Bekanntmachung
betr. Grenzänderung im Kreise Strehlen.

Mit Wirkung vom 1. April 1939 wird die Parzelle 48/0,31 des Kartenblatts 5 der Gemarkung Baumgarten und Jerau durch Entscheidung des Landrats aus der Gemeinde Birkkretscham in die Gemeinde Baumgarten, Kreis Strehlen, eingegliedert.

Dieses wird unter Bezugnahme auf § 15 der Deutschen Gemeindeordnung in Verbindung mit Ziffer 4 der Ausführungsbestimmung zu § 15 der DOD. hiermit bekanntgemacht.

Strehlen, 15. 11. 1938.

R. I./3.

Der Landrat.

961. Verlorene Ausweise.

Nachstehende Ausweise sind verlorengegangen und werden hiermit für ungültig erklärt:

Führerschein vom 16. 6. 1933 für Wilhelm, Albert, Oskar Schleginger, geb. 30. November 1911 in Reichenbach (Eulengeb.), wohnhaft in Reichenbach (Eulengeb.), Alte Bahnhofstraße 16a, Klasse 3.

Führerschein vom 11. 6. 1934 für Oskar, Pius, Reinhard Rückert, geb. 23. März 1909 in Radostowik (Pleß), wohnhaft in Schweidnitz, Äußere Kirchstraße 8.

Führerschein vom 10. 5. 1938 für Emma Breitkopf, Ärztin, geb. 24. März 1905 in Grobnitz, Kreis Leobschütz, wohnhaft in Breslau, Klosterstraße 61.

Führerschein vom 25. 9. 1935 für Walter Richter, geb. 22. Januar 1917 in Trebnitz, wohnhaft in Trebnitz, Ring Nr. 8.

Führerschein vom 13. 9. 1938 für Walter, Herbert Kruppan, Steinseher, geb. 2. August 1920 in Strehlen, wohnhaft in Strehlen (Schleß), Burgstraße 5.

Führerschein vom 19. 8. 1929 für Reinhold Sperlich, geb. 1. September 1900 in Steindorf, wohnhaft in Steindorf, Kreis Ohlau.

Führerschein vom 2. November 1935 für Manfred, Georg Franke, geb. 18. Oktober 1918 in Wanfen, Kreis Ohlau, wohnhaft in Kattern, Kreis Breslau.

Führerschein vom 1. 10. 1928 für Artur, Richard, Otto Verbig, geb. 26. September 1908 in Engelsdorf, Kreis Leipzig, wohnhaft f. Zt. in Engelsdorf, Kreis Leipzig, jetzt Rosenhain, Kreis Ohlau.

Zulassungsbescheinigung vom 25. 8. 1937 für den Dreiradlieferwagen I. K. 186 597, für Paul Decke, Herzogshufen.

Zulassungsbescheinigung vom 18. 3. 1938 für den Kraftwagen I. K. 126 803, für Reinhold Jung, Neurode.

Zulassungsbescheinigung vom 7. 12. 1934 für den Kraftwagen I. K. 125 089, für Zuckerfabrik Neugebauer O. m. b. H. Brieg.

Zulassungsbescheinigung vom 24. 3. 1938 für den Kraftwagen I. K. 64 895 für Erich Neue in Maltich (Ober).

Bescheinigung vom 13. 8. 1937 über ein polizeilich zugelassenes Kennzeichen für das Kraftfahrzeug I. K. 126 338 für Alfred Prause, Olaf, Querstraße 13.

Zulassungsbescheinigung vom 28. 8. 1937 für den Kraftwagen I. K. 130 211 für Alfons Jarolich, Bad Charlottenbrunn.

Führerschein vom 13. 10. 1938 für Hermann Luschinsky, geboren 28. Januar 1909 in Stauchlowitz, wohnhaft in Reichenbach (Eulengebirge), Ufastraße 1, Klasse 2.

Zulassungsbescheinigung vom 11. 6. 1934 für das Kraftfahrzeug I. K. 100 502 für Wilhelm Hirsch, Hausdorf.

Zulassungsbescheinigung vom 13. 10. 1938 für den Kraftwagen I. K. 259 292 für Kraftfahrunternehmer Oswald Ulbrich, Neuweitzritzh.

Führerschein vom 9. 8. 1935 für Kurt, Reinhold Hildebrand, Händler, geboren 19. September 1905 in Wanfen, Kreis Strehlen, wohnhaft in Niegersdorf, Kr. Strehlen.

Zulassungsbescheinigung vom 10. 6. 1936 für den Kraftwagen I. K. 186 640 für Eduard Riediger, Litz, Kreis Breslau.

Bescheinigung vom 15. 1. 1935 über ein polizeilich zugewiesenes Kennzeichen für das Kraftfahrzeug I. K. 91 732 für die Niederschlesische Landw. Hauptgenossenschaft Trebnitz, Adolf-Hitler-Platz.

Bescheinigung vom 26. 5. 1936 über ein polizeilich zugewiesenes Kennzeichen für das Kraftfahrzeug I. K. 130 595 für Friedrich Lubig in Rosenau.

Führerschein vom 16. 4. 1936 für Friedrich Lubig, geboren 1. Januar 1908 in Görbersdorf, wohnhaft in Rosenau.

Bescheinigung vom 31. 3. 1936 über ein polizeilich zugewiesenes Kennzeichen für das Kraftfahrzeug I. K. 143 718 für Gustav Engelhard, Landwirt, Weischen.

Zulassungsschein vom 17. 10. 1935 für den Kraftwagen I. K. 93 126 für Verbrauchergenossenschaft e. O. m. b. H., Waldenburg (Schles.), Hauptstraße 164.

Kraftfahrzeugschein vom 8. 2. 1938 für das Kraftfahrzeug I. K. 62 827 für Wilhelm Kalbajch, Reichen, Kreis Namslau.

Bescheinigung vom 14. 4. 1938 über ein polizeilich zugewiesenes Kennzeichen für das Kraftfahrzeug I. K. 235 679 für Adolf Kiechka, Frauenhain, Kreis Schweidnitz.

Zulassungsschein vom 1. 6. 1937 für den Kraftwagen I. K. 46 068 für Fleischer Otto Miehlig, Schreckendorf, Kreis Habelschwerdt.

Bescheinigung vom 10. 5. 1938 über ein polizeilich zugewiesenes Kennzeichen für das Kraftfahrzeug I. K. 187 145 für Fritz Fabisch, Schuhmachergeselle, Lamsfeld.

Zulassungsschein vom 12. 6. 1937 für den Kraftwagen I. K. 131 012 für Schleifische Motorwagen A.-G. in Waldenburg (Schles.).

Zulassungsschein vom 1. 6. 1935 für den Kraftwagen I. K. 26 670 für Alfred Richter in Mangschütz, Kr. Brieg.

Breslau, 26. 11. 1938.

4. Personalnachrichten.

962. Im Oberlandesgerichtsbezirk Breslau sind zu besetzen durch den Generalstaatsanwalt:

Eine Hauptwachmeister (Werkmeister) stelle bei dem Gefängnis in Beuthen (Oberschles.).

201 I — 14 — 126 Heft.

Einrückungsgebühr für die zweispaltige Zeile oder deren Raum 30 Rpf.

Preis der Belegblätter und einzelner Stücke 10 Rpf. für jeden angefangen Bogen, mindestens aber 20 Rpf. für jedes Stück.
Herausgeber: Amtsblattstelle der Regierung Breslau. — Druck: F. W. Jungfer, Breslau, Neue Antonienstraße 16/18.
Geschäftsstelle des Amtsblattes im Regierungsgebäude am Lessingplatz.